

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Völkme, Völkme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 241

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: monatlich M. 85.—

Halver

Freitag, den 13. Oktober 1922.

Anzeigerpreis:
für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 3.— M., im
Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 10.— M.,
Offerten-Befragung 6.— M.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Nach einer Erklärung der Reichsgetreidebestelle ist die Brotversorgung bis Ende dieses Jahres gesichert.

* Im Mathenaprozess begann nach Schluss der Beweisaufnahme das Plädoyer des Oberreichsanwalts.

* Barthou als neuer Vorsitzender der Reparationskommission plant ein neues Vorgehen gegen Deutschland im Sinne einer Finanzkontrolle.

* Die innerpolitische Lage in England spitzt sich weiter zu. Die Parteien debattieren scharf um den Bestand des Kabinetts Lloyd Georges.

* In Mubania wurde das Abkommen über die Räumung Thraziens von den Alliierten, den Griechen und den Türken unterzeichnet.

* Infolge der Ankündigung scharfer Maßnahmen gegen die Devisenspekulation ging am Mittwoch der Dollarkurs auf 2600 zurück.

Gegen die Spekulation.

Von besonderer Seite wird uns aus Berlin geschrieben: Nachdem der Dollar so ziemlich auf 3000 gestiegen ist, scheint sich die Reichsregierung nun doch zu entschiedeneren Maßnahmen gegen die Marktentwertung aufraffen zu wollen. So wird wenigstens von verschiedenen Seiten angekündigt, ohne daß diese Vorfälle allerseits etwa gläubige Hörer findet. Denn man vermag nicht recht einzusehen, warum die Regierung, wenn sie überhaupt imstande zu sein glaubt, die Spekulationsfeind: unserer Tage wirksam zu bekämpfen, damit gewartet haben sollte, bis der vorläufige Rekordzustand von heute erreicht wurde. Unzweifelhaft hätte sie vielmehr dann schon längst auf diesem Gebiete ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben müssen. Anders läge die Sache nur, wenn jetzt plötzlich von irgendeiner Seite her ein neuer Gedanke für die wirksame Bekämpfung der Devisenspekulation aufgetaucht wäre; ein Vorschlag, der nicht bisher schon in Hunderten von Sachverständigenkonferenzen nach allen Richtungen hin erwogen, über den nicht schon ein ganzes Tintenmeer vergossen worden wäre. Ist das der Fall?

Aus dem Gerede über die geplanten Maßnahmen der Regierung schält sich als fester Kern eigentlich nur die Forderung heraus, daß die Goldmilliarde der Reichsbank endlich zur Stützung der Reichsmark herangezogen werden müsse. Es habe keinen Sinn mehr, sie noch länger in den Kellern der Reichsbank brach liegen zu lassen, während die fortschreitende Marktentwertung unsere ganze soziale Ordnung über den Haufen zu werfen drohe. Die Reichsbank sei nun zwar auf Erfordern der Euteile dem Reiche gegenüber „autonom“ gemacht worden; aber ebenso wie es trotzdem gelungen sei, Herrn Havenstein als Bürgen für die belgischen Schatzwechsel zu gewinnen, ebenso wie vorher schon die Reichsbank ein Golddepot bei der Bank von England eingerichtet habe, um mit dieser die früheren Geschäftsverbindungen wieder aufzunehmen, ebenso müsse sie auch in der jetzigen stärksten Wirtschaftsnot des Reiches einspringen, so oder so. In Verbindung mit dieser hauptsächlich von sozialdemokratischer Seite erhobenen Forderung wird von anderer Seite die Zentralisierung des Devisenverkehrs in Deutschland befürwortet, in möglichst wenig bürokratischer Form, selbstverständlich, aber doch mit der Maßgabe, daß von der Reichsbank auch Devisen für den Verkehr zur Verfügung gestellt werden. Damit müsse sich dann die Schaffung einer inneren Goldanleihe verbinden, die durch Industrie, Landwirtschaft und Handel in Bezug auf Tilgung und Verzinsung in Gold verbürgt sein müsse. Ein Gedanke also, der schon im Frühjahr dieses Jahres auf der Tagesordnung stand, dann aber durch die vom Reichstage vorgezogene Zwangsanleihe verdrängt wurde. Mit der Zwangsanleihe habe man lediglich die Kapitalnot verschafft; man habe damit um fauler politischer Kompromisse willen den einzigen wirklich praktischen Vorschlag jener Zeit unter den Tisch fallen lassen. Jetzt aber dürfe sachverständige Überlegung nicht wieder parteipolitischen Spielereien zum Opfer gebracht werden. Eine Forderung, die sich auf dem Papier unzweifelhaft sehr schön ausnimmt, von der jedoch heute wie früher schwer zu sagen ist, wie sie allen Bedenken und Schwierigkeiten zum Trotz verwirklicht werden soll.

Die zuständigen Regierungsstellen hüllen sich demgegenüber vorläufig noch in Schweigen. Was ihnen bisher an bestimmten Maßnahmen nachgesagt wird, trägt lediglich repressiven Charakter: Scharfe Beaufsichtigung der Banken in ihren Devisengeschäften, deren Nachprüfung sogar für die letzten vergangenen Wochen noch beabsichtigt sein soll, neue Einschränkung der Lufteinfuhr, erhebliche Verkleinerung des Kreises der Devisenhändler und ähnliches mehr. Ja, man verweist sogar auf die Erfahrungen, die die Oststaaten auf diesem Gebiete gemacht haben, insbesondere auf Polen, wo mit angeblich gutem Erfolge strenge Durchsuchungen von Büreaus, ja selbst devisenverdächtiger Personen auf der Straße bewirkt wurden. Als ob Methoden, die sich in verhältnismäßig dünnbevölkerten, verkehrsarmen und rückständigen Staaten vielleicht auch heutzutage noch anwenden lassen, in einem Kulturstaate ersten Ranges, wie dem deutschen, ernstlich in Frage kommen könnten.

Aber gleichviel, etwas zu tun, wird die Reichsregierung sich ja doch wohl entschließen müssen, schon mit Rücksicht auf den Reichstag, der in wenigen Tagen seine Verhandlungen wieder aufnimmt. Es wird dann manch scharfes Gewitter geben, von dem man nur wünschen kann, daß es die Luft reinigen möge — so weit wenigstens, als wir, trotz Poincaré und Konsorten, überhaupt noch imstande sind, solche Wirkungen von uns aus zu erzielen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Gegen die Notlage im Baugewerbe.

Der Verwaltungsrat des Reichsverbandes der Wohnungsfürsorge-Gesellschaften hat eine Entschließung gefaßt, in der zur Fortführung der Bautätigkeit ein angemessenes Verhältnis zwischen rentierlichem Wert und Baukosten gefordert wird, nach dem sich sowohl die Zuschüsse wie auch die Mietpreise der alten Wohnungen einstellen müssen, und dem die Beleihung sich anpassen muß. Auswüchse in der Baustoffwirtschaft, sowohl solche des Preisstandes, wie auch solche in den Lieferungsbedingungen, sollten durch energische Eingriffe zugunsten gemeinnütziger Unternehmung nachdrücklich unterbunden werden.

Der thüringische Landtag.

Der schon seit einiger Zeit vorbereitete Antrag der thüringischen Rechtsparlamenten und Demokraten auf Einberufung des Landtages ist beim Landtagspräsidenten eingegangen. Da das zur genügenden Unterstützung des Antrages erforderliche Drittel der Abgeordneten, zurzeit 18, durch die dem Antragsteller zur Verfügung stehenden 26 Stimmen mehr als gesichert ist, wird der Landtag zusammenzutreten müssen. Der eigentliche Zweck des Vorgehens ist zweifellos, eine Landtagsauflösung herbeizuführen, um die Ergebnisse der Gemeinde- und Kreiswahlen auch auf die thüringischen Landesvertretungen zu übertragen.

Weibliche Referenten im thüringischen Ministerium.

Das durch ihre Tätigkeit auf dem Gebiete des Berufsschulwesens bekannte Fräulein Dr. Olga Essig, bisher Leiterin der von ihr eingerichteten Städtischen Frauenarbeitschule in Mainz, ist am 1. Oktober d. Js. als Vortragender Rat für weibliches Berufsschulwesen in das thüringische Ministerium für Volksbildung berufen worden. Gleichzeitig ist in diesem Ministerium das Referat für höhere Mädchenschulwesen an Fräulein Dr. Helene Engelbach, Studienrat am Lyzeum und Oberlyzeum in Eisenach, auf Vorschlag des Verbandes Thüringer Frauenvereine und der vereinigten Thüringer Lehrerinnenvereine übertragen worden.

Aufenthaltssteuer für Ausländer.

Die thüringische Regierung beschloß die Erhebung von beträchtlichen Steuern für Ausländer, die sich in Thüringen aufhalten. Ein Aufenthalt von mehr als drei Tagen kostet Amerikaner zwei bis vier Dollar, bis zu einem Monat vier bis zehn Dollar, bis zu sechs Monaten 20 bis 30 Dollar, über sechs Monate 30 bis 50 Dollar. Ausländer aus Ländern, deren Valuta ungünstiger ist als die der Vereinigten Staaten, zahlen entsprechend niedrigere Gebühren.

Unzufriedenheit mit der Beamtenbesoldungsvorlage.

Die von der Regierung ausgearbeitete Neuordnung der Beamtengehälter findet nicht die Zustimmung der Beteiligten. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der deutsche Beamtenbund traten zusammen, um weitere Schritte zu beraten, da die Vorlage angesichts der Geldentwertung durchaus ungenügend sei. Es wurde erklärt, daß man mit den christlichen Gewerkschaften nicht weiter zusammengehen könne, weil diese bei den letzten Verhandlungen durch Aufstellung von Sonderforderungen die gewerkschaftliche Einheitsfront gestört hätten. Die christlichen Gewerkschaften erklären gleichfalls, daß die Beamten und Angestellten angesichts der katastrophalen Weiterentwicklung des Geldmarktes nicht auf die vom Reichstag zu treffende Regelung der Gehälter warten könnten. Außerdem sei die Vorlage nicht ausreichend.

Die Demokraten und die Arbeitsgemeinschaft.

Auf dem Elberfelder Deutschen Demokratischen Parteitag führte Reichstagsabgeordneter Haas zur Frage der Arbeitsgemeinschaft u. a. aus, diese könne und solle nichts anderes sein als eine Gemeinschaft der Parteien, die gewillt sind, auf dem Boden der Republik zu arbeiten, sich für sie einzusetzen und zu kämpfen. Der Parteitag billigte die Ausführungen des Parteivorstehenden zur Frage der inneren Politik. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der zur Unterstützung der Presse forderte: Herabsetzung der Anzeigensteuer, Bereitstellung von monatlich 75 000 Raummetern Fichtenholz zur Herstellung des erforderlichen Zeitungsdruckpapiers zum Preise von 3000 Mark je Raummeter und Verkleinerung der Rückvergütungskasse. Zum Vorsitzenden der Partei wurde Senator Dr. Petersen wiedergewählt, zum Vorsitzenden des Parteivorstandes Erkelenz.

Deutsch-Österreich.

Ein Trauertag. Anlässlich des Jahrestages der Annexion Südtirols veranstaltete der Andreas-Hofer-Bund unter allgemeiner Beteiligung der Bevölkerung in Innsbruck eine Protestkundgebung. Die Häuser waren schwarz beflaggt, die Geschäfte von 10 bis 12 Uhr geschlossen. In allen Kirchen des Landes wurden Trauergottesdienste abgehalten und die Glocken geläutet. Die deutschen Abgeordneten Südtirols veröffentlichten einen Aufruf an das deutsche Volk Südtirols, in welchem sie an ihre Politik eines friedlichen Nebeneinanderlebens der deutschen und der italienischen Bevölkerung erinnern. Dies sei jedoch nur zwischen Freien und Gleichberechtigten, nicht aber zwischen Zwingherren und Getriebenen möglich.

Polen.

Der obereschlesische Sejm wurde in Katowitz eröffnet. Ministerpräsident Nowak verlas eine programmatische Eröffnungsrede, in der er hervorhob, daß Polen Oberschlesien als eine Perle in seinem Staatsverbande betrachte und eifrig bemüht sei, den wirtschaftlichen Nöten von Oberschlesien schnellstens abzuwehren. Verhandelt wurde ausschließlich in polnischer Sprache.

Aus In- und Ausland.

München. Der Ständige Ausschuss des bayerischen Landtages bewilligte weitere 200 Millionen Mark zur Unterstützung von Personen, die ohne eigenes Verschulden in ihrer Lebenshaltung auf das äußerste gefährdet sind.

Wien. In Ostgalizien breitet sich trotz des Ausnahmezustandes die Eingekerkelung polnischer Strafgefangenen der Kampf der Ukrainer gegen die polnischen Besatzungstruppen weiter aus.

Bern. Der Nationalrat bewilligte einen Kredit von 50 Millionen Franken zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Dublin. Frische Aufständische im Gefängnis von Mountjoy griffen plötzlich die Wache an. In dem kurzen Kampfe, der sich entspann, wurden ein Soldat, ein Polizist und ein Gefangener getötet. Keinem gelang es zu entkommen.

Warschau. Der Ministerrat hat beschlossen, die Gehälter der Staatsbeamten um 50 Prozent zu erhöhen.

Berlin. Die Reichsdruckerei wird demnächst neue Briefmarken zu 6 und 50 Mark an die Postanstalten verteilen.

Berlin. Eine Verordnung des Reichsfinanzministers bestimmt, daß ganz allgemein Beträge unter 50 Mark nicht mehr eingefordert werden sollen, weil die Schreib- und Einziehungsgebühren höher wären als dieser Betrag.

London. Der Arbeiterführer Clunes erklärte, daß der jetzigen Regierung eine Arbeiterregierung folgen müsse. Lloyd George wird eine große Rede zur Verteidigung seiner Politik halten.

Moskau. Auf Befehl des Obersten Sowjet-Gerichtshofes sind sämtliche Mitglieder des Zentralkomitees der allrussischen Gewerkschaften verhaftet worden.

Brotversorgung für 1922 gesichert.

Genügende Auslandsvorräte eingekauft.

Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich mit der Abänderung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide. Der Präsident der Reichsgetreidebestelle gab in der Sitzung folgende Erklärung ab: „Die in den letzten Tagen auftauchenden Gerüchte, daß die Regierung Aufträge zum sofortigen Einkauf des Getreides im Auslande in Höhe von 100 Millionen Dollar gegeben habe, sind nicht zutreffend. Die Reichsgetreidebestelle hat seit Wochen durch die Einfuhrgesellschaft für Getreide- und Futtermittel keine Einkäufe auf dem Weltmarkt tätigen lassen. Die im Ausland gekauften und auf die Getreidemühle abgelieferten Getreidemengen reichen aus, um die Brotversorgung Deutschlands bis Ende des Jahres 1922 sicherzustellen.“

Ernährungsfragen in Bayern.

Der Ständige Ausschuss des Bayerischen Landtages genehmigte einstimmig die Regierungsvorlage betreffend Aufnahme einer Staatskredit zur Sicherung der Brotversorgung, wonach den Kommunalverbänden Vorschüsse bis zu 5 Milliarden zum Zwecke der Getreidebewirtschaftung gegeben werden, und Vorschüsse bis zu 1 1/2 Milliarden zur weiteren Sicherstellung der Brotversorgung bereitgestellt werden sollen. Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld wird sich in den nächsten Tagen nach Berlin begeben. Zweck der Reise ist eine Aussprache über die Ernährungs- und Steuerungsfrage, wie sie von der bayerischen Regierung in einer Denkschrift an die Reichsregierung eingehend dargelegt worden ist.

Wiederaufbau und Sachlieferungen.

Die Einwirkungen des Marksturzes.

Die neue Dollarhauffe ruft in Frankreich allerlei Sorgen wegen der deutschen Sachlieferungen für den Aufbau der zerstörten Gebiete hervor. Der Minister der freien Gebiete, Reibel, erklärte, in einer Zeit, in der 1000 Mark 450 Frank wert seien, empfehle der gesunde Menschenverstand die Sachlieferungen. Er erinnerte an die Widerstände gegen die Verwendung deutscher Arbeiter im Wiederaufbaugebiet und nannte dieses System wenig praktisch, weil es die deutschen Fabrikanten zwingt, ausländische Devisen zu kaufen, um ihr in Frankreich beschäftigtes Personal zu bezahlen. Man sollte lieber in Deutschland die einzelnen Stücke für den Wiederaufbau nach französischen Plänen fabrizieren und sie dann nach Frankreich bringen. Wenn die französische Industrie alle ihre Anstrengungen auf Lieferungen für den Wiederaufbau richtete, würden inzwischen ihre Konkurrenten auf dem Weltmarkt ihren Platz einnehmen.

Das Blatt „Deuvre“ stellt im Zusammenhang mit der Senkung der Mark die Frage, ob man auch die Sachlieferungen Deutschlands sabotieren wolle. Das Blatt weist auf die Notwendigkeit hin, für die Bezahlung der Sachlieferungen innerhalb Deutschlands Sorge zu tragen. Nach der Ansicht des „Deuvre“ wäre der Bankrott Deutschlands jetzt sicher. Es sei also dringend nötig, die Folgen eines solchen Bankrotts zu beseitigen, sei es auch nur, um die Fortsetzung der Sachlieferungen zu garantieren. Da sei im wesentlichen die Aufgabe der Brüsseler Konferenz, die möglichst bald zusammenzutreten müsse.

Und wieder die Reparationsfrage.

Ein neuer Vorstoß Frankreichs.

Barthou ist aus dem französischen Justizministerium in die Reparationskommission übergetreten, als deren neuer Vorsitzender er natürlich durch irgendeine „Zat“ seinen Befähigungsnachweis erbringen muß. Man erwartet daher auf Grund bestimmter Nachrichten, daß er auf Wunsch Poincarés die jetzt ein-

wenig zur Ruhe gekommen, durch den neuen Wartsturz aber ebenfalls beeinflusste Reparationsfrage bald wieder anscheinend und eine neue Kampagne gegen Deutschland in Szene setzen wird. Der „Temps“ bereitet ihm den Boden dafür etwas vor, indem er darauf hinweist, daß das außerordentliche

Anwachsen der deutschen schwebenden Schuld innerhalb der Reparationskommission zum Gegenstand einer Aussprache gemacht worden ist. Nach der Entscheidung der Reparationskommission vom 31. Mai sei Deutschland für die Zahlungen des Jahres 1922 ein Teilmoratorium unter gewissen Bedingungen bewilligt worden. Eine dieser Bedingungen sei, daß die schwebende Schuld Deutschlands nicht den Betrag von 281 Milliarden Papiermark, also den Betrag vom 31. März 1922 überschreiten dürfe. Im Falle diese Summe überschritten würde, müsse der Mehrbetrag durch Steuern oder innere Anleihen gedeckt sein. Es stelle sich deshalb die Frage, ob Deutschland diese Bedingung erfüllt habe, wovon die Aufrechterhaltung des Moratoriums abhängig sei. Barillon geht auch tatsächlich diesen hier angedeuteten Weg. Allerdings erklärte er, die deutsche Presse habe unrecht, wenn sie glaube, er beabsichtige Zwangsmassnahmen vorzuschlagen. Er wolle nur prüfen, um dann so zu entscheiden, wie Vernunft und Unparteilichkeit es erforderten. Er hoffe, durch Klarheit und guten Willen die stärksten Schwierigkeiten bewältigen zu können.

Amerika will die Weltfinanzen ordnen.

Nach Washingtoner Meldungen ist die amerikanische Regierung jetzt überzeugt, daß der Zeitpunkt für einen ersten Versuch gekommen sei, die Weltfinanzen wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Die Regierung sei im Begriffe, gewisse bestimmte Schritte im Hinblick auf die Regelung der Kriegsschulden zu tun, bevor sie mit den europäischen Nationen zusammen an der Wirtschaftskonferenz teilnehme. Die Regierung fasse auch ins Auge, der Einladung zur Konferenz allgemeinen Finanz- und Industriekonferenz nachzukommen. Der amerikanische Vertreter werde an den Beratungen und Abstimmungen der Konferenz teilnehmen, allerdings unter dem Vorbehalt, daß alles, was er tue, der Genehmigung des amerikanischen Kongresses bedürfe. Der bekannte Senator Lodge hat ferner in einer Rede auf die internationalen Schulden angespielt und erklärt, es erscheine ihm nicht unvernünftig, wenn die Vereinigten Staaten ihre Schuldner ersuchten, in angemessener Form Wertschöpfungen zu liefern, wogegen die Vereinigten Staaten für die Schuldzahlung und den Zeitpunkt der Wiederstattung von Kapital und Zinsen entgegenkommende Bedingungen zu gewähren hätten.

Unterzeichnung in Mudania.

Die Griechen räumen Ostthrazien.

Von den Vertretern Englands, Frankreichs, Italiens, der Türkei und Griechenlands ist am Dienstag das aus 14 Punkten bestehende Militärabkommen in Mudania unterzeichnet worden, das in drei Tagen in Kraft tritt. Die wichtigsten Abmachungen sind folgende:

Für die Räumung Thraziens sind zwei Zeiträume festgesetzt worden, 14 Tage für die griechischen Truppen und weitere 30 Tage für die Alliierten. Die griechische Zivilverwaltung ist „so schnell wie möglich“ an die Alliierten, und von diesen an die Türken zu übergeben. Die türkische Gendarmerie soll nur so stark bemessen werden, wie zur Aufrechterhaltung unbedingt erforderlich ist. Die türkischen Truppen haben sich aus allen neutralen Zonen zurückzuziehen, neue neutrale Zonen werden von gemischten Kommissionen festgesetzt werden. Auf der Halbinsel gegenüber Konstantinopel und auf Gallipoli wird die neutrale Zone eingeschränkt werden. Die Regierung von Angora verpflichtet sich, weder Truppen nach Thrazien zu überführen, noch dort vor Friedensschluß eine Armee zu bilden.

Der Generalbevollmächtigte Benizelos.

Benizelos hat Lord Curzon davon in Kenntnis gesetzt, daß er den Posten eines außerordentlichen griechischen Bevollmächtigten in Europa angenommen habe. Gleichzeitig erklärt er, daß die Revolutionsregierung alle seine Vorschläge angenommen habe. Instruktionen seien von Athen aus an die griechischen Delegierten in Mudania abgegeben, welche sie anfordern, entsprechend den Wünschen der Alliierten zu handeln.

Goldelfe.

Roman von E. Marlitt.

38

(Nachdruck verboten.)

Er lächelte. „Mein Belisar ist wild und eigenförmig, Sie kennen ihn ja.“ sagte er. „Er geht nur mit mir und würde sich sehr übel vernehmen, wenn ihn ein anderer als sein Herr nach Hause bringen wollte... Dieser feige Mensch wird übrigens, wie ich Ihnen schon gesagt habe, heute auf keinen Fall einen zweiten Angriff gegen mich wagen... Nun, und wenn auch, ich bin ja gefeit!... Ist nicht heute ein guter Stern über mir ausgegangen?“

Er blieb stehen. „Was meinen Sie,“ fragte er plötzlich mit gedämpfter Stimme, während sein Auge aufleuchtete und das ihre forschend suchte, „soll ich wohl den entzündenden Wahn festhalten, daß er mich durch mein ganzes Leben begleiten werde?“

„Wenn Sie Wagemutige in diesem Sinne ausführen wollen, dann ist es freilich besser, Ihr Glaube an jenen Stern ist kein so unbedingt.“

„Das größte Wagemut war wohl dieser augenblickliche Wahn selbst,“ murmelte er für sich, während ein finsterner Schatten über sein Gesicht flog.

„Ich verstehe Sie nicht,“ sagte Elisabeth erstaunt.

„Das ist ganz natürlich,“ entgegnete er bitter. „Ich denke und wünsche hat ja eine ganz entgegengesetzte Richtung... Bei aller Strenge gegen sich selbst begegnet es einem doch manchmal, daß man sich von einem lieblichen Traum beschleichen läßt... Nein, nein, sagen Sie nichts mehr!... Ich bin ja schon bestraft, denn ich wage.“

Sie beschleunigte er seine Schritte und ging nun an Miß Mertens Seite, während Elisabeth stumm folgte und sich den Kopf darüber zerbrach, warum er wohl so plötzlich wieder in jenen rauhen Ton verfallen war, der sie stets so tief verletzte. Er sprach kein Wort mehr, und als endlich die Mauern des alten Schlosses durch die Büsche blühten, empfahl er sich in auffallend kurzer und knapper Weise und schritt rasch den Berg wieder hinunter.

Miß Mertens sah ihm erstaunt nach. „Sonderbarer Mann!“ sagte sie endlich und schüttelte den Kopf. „Und wenn auch wirklich das Leben für ihn sehr wenig Wert hat, wie ich in diesem Augenblicke annehmen muß, so meine ich doch, wäre

Der Franzosenschüßling Smeets.

Berlin, 11. Oktober.

In der Entscheidung der Interalliierten Rheinlands-Kommission, durch die endgültig verfügt wird, daß der wegen Beleidigung mehrfach zu Gefängnis verurteilte rheinische Agitator Joseph Smeets diese Strafen nicht abzubüßen braucht, heißt es, Smeets sei wegen Daten von meist „winziger Wichtigkeit“ verurteilt worden, die wohl nicht den Gegenstand von gerichtlichen Verfolgungen gebildet hätten, wenn sie nicht einen Teil eines politischen Feldzuges gegen einen Mann darstellten, der den Wunsch habe, mit den Besatzungsbehörden eine gute Verbindung zu unterhalten. Was es mit diesen (nach der Meinung der Franzosen) Straftaten „von winziger Wichtigkeit“ auf sich hat, geht daraus hervor, daß es sich um Beschimpfungen des Reichspräsidenten handelte, der u. a. als Statthalter der Hohenzollern und Weinsäckenverehrer bezeichnet wurde, weiter eine Beschimpfung des Oberpostsekretärs Gerdes in Mors, den Smeets einen „gemeinen Vandalen“ und „Landesverräter“ nannte, ferner Beschimpfungen des Polizeikommissars Pflüge, dem er Brutalität, Feigheit, Dummheit vorgeworfen und den er „ein gutgemästetes Schwein“ genannt hat. — Wenn nun ein deutscher Rheinländer einmal solche Ausdrücke gegen einen Franzosen gebrauchen wollte! —

Soziales und Provinzielles.

Halber, 13. Oktober 1922.

□ Das Notgeld dauert fort. Der Reichstag hatte am 17. Juli ein Gesetz erlassen, nach dem Notgeld nach dem 14. November kein öffentliches Zahlungsmittel mehr sein sollte. Da nun aber im Rahmen des Gesetzes der Reichsfinanzminister eine größere Zahl von Ausnahmebewilligungen erteilt hat, hat nunmehr der Reichspostminister die Postkassen angewiesen, auf höhere Entscheidung, die zunächst bei den einzelnen Oberpostdirektionen liegt, das im Umlauf befindliche Notgeld auch über den 14. November hinaus als öffentliches Zahlungsmittel anzuerkennen.

□ Postgebühren im Auslandsverkehr. Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Paket-, Telegramm- und Zeitungsverkehr nach dem Ausland ist mit Wirkung vom 12. Oktober an auf 600 Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist im Auslandsverkehr auch für die Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Wägen mit Wertangabe maßgebend. Für Ferngespräche nach dem Ausland werden ebenfalls entsprechend erhöhte Gebühren erhoben. Nähere Auskünfte erteilen die Postanstalten.

□ Erhöhung der Arztgebühren. Der Volkswohlfahrtsminister erklärt im Reichsanzeiger eine Bekanntmachung betreffend den Feuerungsbeitrag zu den Sätzen der Gebührenordnung für approbierte Ärzte und Zahnärzte vom 15. März d. J. Dieser Bekanntmachung zufolge tritt vom 1. Oktober ab zu den Sätzen der Gebührenordnung ein Feuerungsbeitrag von 350 Prozent.

—* hk. Handel und Gewerbe im September 1922. Die Berichte, welche die preussischen Handelskammern über den Geschäftsgang von Handel und Industrie im September dem Handelsminister erstattet haben, zeigen, daß einerseits die Frage, wie Handel und Industrie nach der ungeheuren Geldentwertung dieses Sommers die zur Fortführung ihrer Betriebe erforderlichen Mittel beschaffen können, noch keine Lösung gefunden hat und nach wie vor als große Sorge auf dem Wirtschaftsleben lastet, daß aber andererseits das augenfällige Mißverhältnis zwischen dem der Industrie und dem Handel verbliebenen Rest von Betriebskapital und ihrem Kapitalbedarf bisher noch nicht zu Betriebseinstellungen oder Betriebseinschränkungen von wirklicher Bedeutung geführt hat. Der Beschäftigungsgrad ist im allgemeinen gut, in einzelnen Industriezweigen bestand Arbeitermangel nur wenig vermindert fort, und nur in einzelnen Zweigen, insbesondere der Bekleidungs- und Ernährungsindustrie haben Arbeitseinschränkungen stattfinden müssen. Die Auftragsbestände sind allgemein zurückgegangen. Es ist aber völlig unübersehbar, wie weit es auf die Unübersichtlichkeit der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, die weder Käufer noch Verkäufer zu weitläufigen Abschlüssen ermuntert, zurückzuführen ist. Zahlreiche Betriebsstörungen waren in dem immer unerträg-

licher werdenden Kohlenmangel, in dem vielfach wieder einsetzenden Wagenmangel, in einzelnen Fällen in Ausartungen der fast gar nicht mehr ausbleibenden aber meist ruhig verlaufenden Lohnbewegungen begründet. Auch die Einführung von Gleitpreisen, die Fakturierung in fremden Währungen und die Forderung von Anzahlungen hat die Erteilung von Aufträgen beeinträchtigt, so daß aus ihrem Rückgang für die künftige Beschäftigung der Industrie sichere Schlüsse nicht gezogen werden können.

—* hk. Verladet Kartoffeln nur in sauberen Wagen. Mehrfach sind Klagen darüber laut geworden, daß die zum Abtransport der Kartoffeln bestimmten Wagen nicht immer in gut gereinigtem Zustande zur Verfügung gestellt würden, daß besonders die Wagen häufig vorher zu Düngesalzladungen benutzt worden wären und noch Salzreste in den Wagen vorhanden gewesen seien, die bei nachträglicher Beladung dieser Wagen mit Kartoffeln auf die Haltbarkeit der Ladung in hohem Maße nachteilig einwirkten. Um solche Klagen zu vermeiden, hat der Reichsverkehrsminister erneut die Eisenbahndienststellen angewiesen, darauf zu halten, daß die Empfänger von Düngesalzladungen die Eisenbahnwagen sorgfältig von Salzresten reinigen. Bei dem Massenverkehr im Herbst werden die Eisenbahndienststellen leider nicht imstande sein, allein diese Anordnung im vollen Umfange durchzuführen. Es bedarf der weitgehenden Unterstützung durch die Verkehrstreibenden. Gerade in der Kartoffelerntezeit laufen zahlreiche Wagen mit Düngesalz in die großen Kartoffelerzeugungsgebiete. Sollte man diese Wagen nach ihrer Entladung nicht sofort für Kartoffeln wieder verwenden, sondern sie erst einer Waschanstalt zuführen, so würde der Wagenumlauf in unerträglicher Weise verlangsamt werden. Es ist daher erforderlich, daß die Empfänger von Düngesalzladungen, die häufig gleichzeitig die Verloader von Kartoffeln sind, und ebenso alle anderen Verloader von Kartoffeln, selbst auf die saubere Reinigung der Eisenbahnwagen größten Wert legen.

—* hk. Die Abhaltung öffentlicher Versteigerungen von Butter und sonstigen Milchzeugnissen bedarf der ministeriellen Genehmigung. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu Hunderttausend Mark wird bedroht, wer ohne Genehmigung solche Versteigerungen abhält oder abhalten läßt.

—* hk. Währungsgewinne der Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft sind bei Abrechnung von Ausgleichsschulden der offenen Handelsgesellschaft zu berücksichtigen.

Baderborn, 10. Okt. Eine Lebensmittel-Großhandlung hat der Stadtverwaltung 10 Zentner Hafersflocken und 10 Zentner Zucker zur Verteilung an bedürftige Kleinrentner zur Verfügung gestellt.

Minden i. B., 10. Okt. Heute nachmittag ist das in der Nähe Mindens gelegene Gut Ruhlenkamp niedergebrannt. Das Feuer verbreitete sich mit unheimlicher Schnelligkeit über die große gefüllte Scheune und ergriff auch das Wohnhaus. Trotz schneller Hilfe der Freiwilligen Feuerwehr aus Minderheide, Minden und Hahnen ist das Gut mit seinen bedeutenden Erntevorräten vernichtet. Das Vieh und ein Teil des Mobiliars konnte gerettet werden. Die Ursache des Feuers konnte noch nicht festgestellt werden.

Die Ernährungslage in Westfalen.

Dortmund, 11. Oktober 1922.

Auf Einladung des Oberpräsidenten Gronowski hatten sich gestern nachmittag im Saale des alten Rathauses in Dortmund etwa 60 Schriftleiter westfälischer Blätter aller politischen Richtungen versammelt. Der Oberpräsident begrüßte als alter Zeitungsmann die Erschienenen und wies darauf hin, daß Presse und Regierung zusammenarbeiten müßten im Dienste der Allgemeinheit und daß dies um so notwendiger sei in der Zeit schwerer Not, in der sich Deutschland jetzt befinde. Ein grausamer Winter stehe bevor; die Worte: Brot,

ruhigen über den Vorfall am Nachmittage; denn obgleich ihr Kind wohlbehalten und unverletzt vor ihr gestanden hatte, war sie doch außer sich gewesen bei Miß Mertens Erzählung. Anders dachte der Vater. „So recht, mein tapferes Töchterchen,“ hatte er mit strahlenden Augen gesagt, „mit kühlem Blute überlegt und dann flink und unerschrocken mit Hand und Fuß bei der Tat — so wollte ich dich haben.“

Frau Ferber sah in ihrem Gatten stets das Ideal eines Mannes. Noch jetzt, nach so und so viel Ehestands Jahren, schauerte sie blinzelnd auf seine Aussprüche, als auf etwas Unfehlbares. Heute aber, bei seiner väterlichen Belohnung, war ihr doch ein Seufzer entschlüpft, und sie hatte gemeint, eine Mutter liebe ihre Kinder doch ungleich mehr als der Vater.

„Mehr sicher nicht — nur anders,“ war Ferbers ruhige Antwort gewesen. „Gerade, weil ich sie liebe, erziehe ich sie zu Menschen, die selbständig und mutig denken und handeln, damit sie nicht später einmal zu jenen unglückseligen Umhergestohlenen gehören, die aus Mangel an Tatkraft die unausgeseh Leidenden sind.“

Elisabeth brachte auch eine Arbeit mit in den Garten; allein der kleine Ernst machte ein sehr ungnädiges Gesicht, als sie das Nähzeug auspackte.

„Na, warte nur, Elfe,“ sagte er entrüstet, „Herr von Walde kann mich zehnmal fragen, ob ich dich lieb habe — ich werde ganz gewiß nicht wieder ja sagen... Du spielst ja gar nicht mehr mit mir und bildest dir wohl gar ein, du seiest auch nun auf einmal ein so großes Mädchen wie Miß Mertens?“

Ein allgemeines Gelächter erscholl über die Verwechslung des Alters und der Größe. Elisabeth aber erhob sich eilig und zählte mit dem Kleinen ab, wer zuerst der Haschende sein müsse — dann ging es pfeilschnell den Damm hinauf und herunter.

Unterdes war am Mauerpfortchen geläutet worden und Doktor Fels, Reinhard und der Oberförster traten ein.

„Nun, das muß ich sagen!“ lachte Doktor Fels und blieb stehen. „Das ist eine wunderbare Entpuppung... nachmittags Wälsche und abends Schmetterling.“

(Folgt)

